

Normal-Zeitung.

Deutsches Reich.

Preußen.

66. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

(O. G.) Berlin, 17. März, 10 Uhr. Am Ministerisch zahlreiche Com-
missarien, später der Minister des Innern.

Vom Justizminister ist ein Gesetzentwurf, betr. die Erhöhung der Zahl der
Advocatenanwälte im Bezirk des Appellationsgerichts zu Köln einge-
gangen. Der Abg. v. Grand-Ma hat eine Interpellation betr. die ruf-
ständigen Ersatzwahlen für die während der Session ausgeschiedenen Ab-
geordneten eingebracht. — Vom Reichstagsgebäude ist eine Telegraphen-
leitung nach dem Abgeordnetenhaus gelegt.

Der vom Abg. Bernhardt eingebrachte Gesetzentwurf, betr. die Auf-
hebung der Kalender- und Zeitungsstempelsteuer vom 1. Juli
d. J. ab, wird in dritter Berathung angenommen, ohne daß ein Mitglied
des Hauses oder der Reg.-Commission Geh.-Rath Burghart, der bis zu diesem
Moment der einzige anwesende Regierungscommissar ist, das Wort nimmt.
Für den Gesetzentwurf stimmen die liberalen Fractionen, das Centrum
und der Abg. Stroscher, dagegen die Rechte und die Freiconservativen.

Gegenfalls ohne Discussion wird in dritter Berathung der Geset-
zentwurf betreffend die Gewährung von Wohnungsgeld-Zuschüssen
an die unmittelbaren Staatsbeamten unverändert genehmigt.

Die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Be-
willigung der Geldmittel zur Beseitigung des durch die Sturmfluth der
Ostsee am 12. und 13. November 1872 hervorgerufenen Nothstandes
und zur Ausführung von Deichen und Uferschutzwerken an den Küsten
der Provinzen Pommern und Schleswig-Holstein, leitet Abg. Wagener
(Frankfurt) ein: Ich habe nur das Wort ergriffen, um öffentlich den
Gefühlen des Dankes Ausdruck zu geben für die werthvolle Hilfe, welche
aus allen Ecken des deutschen Vaterlandes den Bewohnern der Liefen-
küste zu Theil geworden ist. Es ist ein deutlicher Beweis, daß das Ge-
fühl der Zusammengehörigkeit in allen deutschen Herzen lebendig ist. Wir
verbinden mit dem Gefühl des Dankes zugleich das erhebende Bewußtsein,
angehörig zu sein. Die Beihilfe der Privatwohl-
thätigkeit beläuft sich auf 1 1/2 Millionen Thaler. Es ist manche Familie,
die obdachlos dem Winter entgegen sah, ihrer Sorge entzogen
worden. Zugleich spreche ich der königlichen Staatsregierung den Dank
aus für die Hilfe, die sie gleich wenige Tage nach der Sturmfluth den
bedrängten Bewohnern meiner heimatlichen Provinz hat zukommen lassen,
auch für die Vorlage, welche sie uns hat zugehen lassen.

Daran schließt sich sofort die Specialdiscussion über die Vorlage.
Dieselbe stellt 2 1/2 Millionen Thlr. zur Verfügung für einzelne Beihilfen
zur Erhaltung im Haus- und Nahrungszustand, für Gemeinden zur
Wiederherstellung beschädigter gemeinschaftlicher Anlagen, für Deich-
und Uferschutzwerke und zur Ausbesserung fiskalischer Bau-Anlagen. Ein Ein-
zelne und Gemeinden sollen ohne die Auflage der Rückgewähr nicht mehr
als 250,000 Thlr. im Gesamtbetrage, darüber hinaus nur Darlehne be-
willigt werden. Die Darlehne an Gemeinden sind vom 1. Januar 1873
ab mit 3 pCt. zu verzinsen und innerhalb 10 Jahren zurückzahlbar. Die
Bewilligung und Verwendung der Beihilfen erfolgt in der Provinz
Schleswig-Holstein und in dem Regierungsbezirk Straßburg unter Mit-
wirkung einer Provinzial- resp. Bezirks-Commission, in den betreffenden
Kreis mit Unterstützung von Kreis-Commissionen, welche die Kreisver-
treter wählen. Die Provinzial- und Bezirks-Commission besteht aus Mit-
gliedern der ständischen Verwaltungsausschüsse, die sich durch Cooptation
verfügen können.

Abg. v. Bonin beantragte die Unterstützung für Einzelne und Ge-
meinden von 1/2 auf 1/3 Million Thlr. zu erhöhen, jedoch ohne Erfolg,
nachdem Reg.-Commissar Wulfsheim darauf hingewiesen hat, daß außer
der erwähnten Hilfe aus Privatmitteln noch 850,000 Thlr. aus Staats-
fonds den Beschädigten bereits zugeflossen sind. Auch Abg. v. Mallin-
rodt bittet, an der geforderten Summe nicht zu ändern, da Niemand im
Stande ist, das vorausgesetzte Mehrbedürfnis genau abzuschätzen. Ebenso
wird ein Antrag des Abg. Bong-Schmidt abgelehnt, den Gemeinden
außer den 3 pCt. zur Verzinsung weitere 2 pCt. zur Tilgung aufzuer-
legen. Dagegen wird auf Antrag des Abg. v. Wahl unter Zustimmung
des Ministers des Innern auch den Kreis-Commissionen das Recht der
Verpflichtung durch Cooptation eingeräumt. Im Uebrigen wird die Vor-
lage genehmigt.

Darauf wird auf Antrag des Abg. v. Bonin, Mitgliedes der Staats-
schulden-Commission, der Staatsregierung die Decharge für die Verwaltung
des Staatsschuldenwesens im Jahre 1871 erteilt, auf Antrag v. Benda's
der Staatsregierung die Verwendung der Dispositionsfonds für die Staats-
bahnen in den Jahren 1870 und 1871 als richtig geföhrt erklärt, endlich
auf Antrag Richter's die Entlastung der Staatsregierung in Bezug auf
die allgemeine Rechnung und die Verwaltung des Staatsschatzes für das
Jahr 1868 ausgesprochen und werden die vorgekommenen Etats-Über-
schreitungen nachträglich genehmigt.

Schluß 12 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. (Zweite Be-
rathung der Gesetzentwürfe über den Gebrauch kirchlicher Straf-
und Zuchtmittel und den Austritt aus der Kirche und diverse Vorlagen
geringerer Bedeutung.)

20. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 17. März, 12 Uhr. Am Ministerisch einige Commissarien.
Der Präsident erinnert das Haus daran, daß der Geburtstag
Sr. Majestät nahe bevorsteht und fragt an, da in dieser Woche keine
Sitzung mehr stattfinden werde, ob, wie in früheren Jahren, das Präsi-
dium die ehrenvollen Glückwünsche des Herrenhauses überbringen solle.
Das Haus stimmt dem zu.

Fast ohne jede Debatte werden die Gesetzentwürfe, betr. das Grund-
buchwesen im Bezirk des Appellationsgerichts zu Kassel mit Ausschluß
des Amtsbezirks zu Böhln, in der Provinz Schleswig-Holstein und in Neu-
pommern nebst Rügen in Schlussberatung genehmigt, wie sie aus den
Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen sind.

Es folgt der Bericht der Commission für Eisenbahn-Angelegenheiten
über eine Petition der Templiner Kreisstände, welche dahin geht,
das Interesse des Templiner Kreises beim Bau einer Eisenbahn von
Stettin nach Hannover dadurch zu berücksichtigen, daß dieselbe von Prenz-
lau aus nach Wittenberge, nicht über Frankfurt, sondern in einer südlicheren,
sich der Kreisstadt Templin so viel als irgend möglich nähernden Richtung
concentrirt werde. Die Commission beantragt, die Petition der Re-
gierung zur Ermäßigung zu überweisen. Graf Arnim-Bohnenburg er-
innert daran, daß er in der Rede des Abg. Lasker über Eisenbahncon-
cessionen aus einer von denen genannt sei, welche sich darüber beschwerten,
daß der Handelsminister Gesuche um Eisenbahnconcessionen, sobald sie
von Kreisen und Gemeinden ausgingen, zu wenig berücksichtige; er habe
Herrn Lasker nicht autorisirt, ihn zu nennen. Seitdem sei, wohl veran-
laßt durch jene Rede, neuerdings eine Denkschrift des Handelsministeriums
erschienen, in welcher gesagt sei, Graf Arnim habe eine Eisenbahncon-
cession nachgesucht und der Handelsminister habe keinen Anlaß gehabt, zu
glauben, daß dies Gesuch im Communalinteresse gestellt sei. Er müsse
sich über diese in einer amtlichen Denkschrift geradezu unerklärliche Un-
correctheit aufs Bitterste beschweren; unter dem betreffenden, von 26
Kreismitgliedern unterzeichneten Gesuch, habe nur sein Name als der
des damaligen Landraths des Templiner Kreises obenan gestanden. Seine

persönlichen Interessen collidiren sogar in diesem Falle, wie sich unschwer
nachweisen lasse, mit den von ihm befürworteten Kreisinteressen. Geh.
Rath Simon bewahrt den Handelsminister gegen die Unterstellung, als
ob derselbe dem Grafen Arnim vorwerfen wolle, seine persönlichen In-
teressen denen des von ihm verwalteten Kreises vorgezogen zu haben.
Der Handelsminister, welcher während der Rede seines Commissars
eingetreten ist, giebt dem Grafen Arnim eine gleiche Erklärung. Graf
Arnim-Bohnenburg acceptirt das ganz; verliest aber aus einem Grem-
plar der „Spener'schen Zeitung“ die betreffende Stelle der Denkschrift,
in welcher es heißt, der Handelsminister habe keinen Anlaß zu dem Glauben
gehabt, Graf Arnim jühe die betreffende Concession im Interesse von
Kreisen oder Gemeinden nach. Der Handelsminister erwidert, daß in
der Zeitung so etwas stehen möge; in seiner Denkschrift sei seines Dafür-
haltens das Gegentheil behauptet. Graf Arnim-Bohnenburg con-
statirt, daß er aus der Denkschrift selbst nicht habe, wie sie in den Be-
ziehungen dieses Blattes zur Regierung habe keinen Augenblick an der
Authenticität des Actenstücks gezweifelt. Der Handelsminister ver-
sichert nochmals, daß ihm jeder Gedanke, Graf Arnim habe in dieser
Sache andere Interessen, als die seines Kreises vertreten, sehr fern liege.
— Der Antrag der Commission wird darauf angenommen.

Schluß 2 Uhr; nächste Sitzung unbestimmt.
Wir bemerken, daß unsere vorgestrichene Mittheilung, die Herrenhaus-
sitzung findet Dienstag statt, durch eine irthümliche Ankündigung des
Präsidenten veranlaßt war.

3. Sitzung des deutschen Reichstages.

(O. G.) Berlin, 17. März, 10 Uhr. Am Tische des Bundesraths
Präsident Delbriick und General-Postdirector Stephan.

Präsident Simon: In Voraussehung, daß der Reichstag auch in
diesem Jahre durch das Organ seines Präsidiums seine Glückwünsche zu
dem Geburtsfeste Sr. Majestät des Kaisers und Königs wird ausdrücken
lassen wollen, sind die vorbereitenden Schritte dazu getroffen. Ich zeige
fern, daß Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit dem Kronprinzen
durch die drei Präsidenten in einer ihnen am vergangenen Sonnabend
gewährten Audienz die Glückwünsche des Reichstages zu der glücklichen
Verheirathung und Heimkehr Sr. k. k. Hoheit überbracht worden sind. Der
Kronprinz hat diese Glückwünsche huldvoll entgegengenommen und uns
den Auftrag erteilt, dem Hause seinen tiefen Dank dafür erkennen zu
geben, ein Auftrag, dessen ich mich hiermit entledige. Die Geschäfts-
ordnungscommission und Petitionscommission hat sich constituirt und sind
zum Vortreten, zum Stellvertreter derselben, zum Schriftführer und
zum Stellvertreter gewählt in der Geschäftsordnungscommission die
Abg. v. Bernuth, Behr, Dür, Valentin, r. Weber, in der Petitions-
commission die Abg. Kautzsch, v. Kramarz, Dr. Böhm (Annaberg),
v. Dörmberg. — Der Abg. Wagener, Neustettin zeigt an, daß er in
Folge seiner inzwischen eingetretenen Rangeserhöhung in seiner dienstlichen
Stellung sein Mandat im Reichstage für erloschen erachtet.

Seit der letzten Session hat das Haus durch Tod verloren die Abg.
Dr. Böhm und Gelsen. Der Präsident fordert das Haus auf, sich zu
Ehren der Verstorbenen von seinen Sigen zu erheben. (Das Haus er-
hebt sich.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung einer Erste Berathung des Ge-
setzes betreffend einige Abänderungen des Gesetzes über das Postwesen
im Gebiet des deutschen Reiches vom 28. October 1871.

Generalpostdirector Dr. Stephan führt nach einem geschichtlichen
Ueberblick über die erste Entwicklung des Postwesens in Deutschland
und speciell in Preußen aus: der gegenwärtig gültige Posttarif für Paket-
und Geldsendungen ist bei Herstellung der einheitlichen Postgesetzgebung
für das deutsche Reich unverändert aus dem Geleze über das Postar-
wesen im Gebiete des norddeutschen Bundes vom 4. November 1867 über-
nommen worden. Der norddeutsche Posttarif war aus einer Ver-
schmelzung der zahlreichen, verschiedenartigen Jahrespachtarten entstanden,
welche bei Gründung des norddeutschen Bundes in den Staaten mit selbst-
ständigen Postverwaltungen vorgefunden wurden. Die Erfüllung der
Zweckmäßigkeit-Anforderungen wurde dabei von der Nothwendigkeit des
Compromisses beherrscht. Die Anstrengungen von der einen und die
Opfer von der anderen Seite, fanden ihren Ausgleich darin, daß unge-
achtet aller Schwierigkeiten ein einheitlicher Tarif für das Bundesgebiet
zu Stande gekommen war, und daß mit Annahme desselben auch das Be-
wußtsein lebendig ward, es sei nunmehr die Hauptgrundlage gewonnen,
auf welcher, bei fortschreitender Befestigung der Vertheilbarkeit der de-
mokratischen Anbau zur Beseitigung der einseitigen unvermeidlich gewordenen
Mängel sich werde vollziehen lassen. Diese Mängel werden in den Kreisen
des vertretenden Publikums lebhaft empfunden; sie haben bei den
Verhandlungen im Reichstage bereits mehrfach zur Anregung einer das
vorhandene Bedürfnis befriedigenden Reform Anlaß gegeben. Die in
Betracht kommenden Verhältnisse sind gegenwärtig in der Entwicklung
so weit vorgeschritten, um diese Reform verwirklichen zu können. In dem
vorgelegten Gesetzentwurf ist für alle Pakete ein Gewicht von 5 Kilo-
gramm ohne Unterschied der Entfernung ein einheitlicher mäßiger Porto-
satz von 5 Sgr. in Aussicht genommen. Für Entfernungen bis 10 Meilen würde
jedoch bei Annahme des Satzes von 5 Sgr. eine empfindliche Vertheuerung
gegen die bisherige Lage eintreten, das Porto ist deshalb in Würdigung
der Interessen des Localverkehrs für Pakete, welche sich innerhalb einer Ent-
fernung bis 10 Meilen bewegen nur auf die Hälfte: 2 1/2 Sgr. festgesetzt. Die Be-
stimmungen des vorliegenden Gesetzes werden gewiß alle diejenigen be-
friedigen, welche eine Würdigung der thatsächlichen Verhältnisse nicht
außer Acht lassen. Es sind allerdings bereits erheblich weiter gehende
viel radicalere Anforderungen in Hinsicht auf das Paketporto an die
Postverwaltung gestellt worden. Aber die Leute, von denen solche For-
derungen ausgehen, sind nie zu befriedigen. Und wenn man die Gelder und
Pakete ganz amonst beförderte, so werden sie unzufrieden sein und
mindestens noch eine besondere Entschädigung verlangen für den Gang
auf die Post, um die Pakete hinzubringen. (Heiterkeit) Ich bin über-
zeugt, die unmittelbaren Folgen dieses Gesetzes werden für das ganze
Land im hohen Grade eine Wohlthat sein. (Beifall.)

Abg. v. Behr (Greifswald) begrüßt das Gesetz mit lebhafter An-
erkennung des eifrigen Bestrebens, das die Postverwaltung für die Interessen
des Verkehrs unermüdet befundet, und beantragt zur Durchberatung und
Prüfung das Gesetz an eine Commission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Mohl, wie immer auf der Journalistentribüne fast ganz unver-
ständlich, scheint einige Ausführungen an der Vorlage zu machen.
Damit schließt die erste Lesung; der Gesetzentwurf wird dem Antrage
v. Behr gemäß einer Commission von vierzehn Mitgliedern überwiesen.
Schluß 4 1/2 Uhr; nächste Sitzung Dienstag 3 Uhr. (Erste Lesung der
Gesetzentwürfe, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, betreffend
die Rechtsverhältnisse der zum dienstlichen Gebrauch in der Reichsverwal-
tung bestimmten Gegenstände und betreffend die dem Reichs-Verwaltungs-
gericht gegen Rechtsanwälte und Notare zustehenden Disciplinargefugnisse.)

(D. R.-Anz.) Berlin, 17. März. [Amtliches.] Sr. Maj. der
König haben dem italienischen Unterthanen, Civil-Ingenieur Leandre
Sommeiller in Bonnville, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse
und dem Ober-Lehrer Dr. Savin am Gymn in Weß die Rettungs-
Medaille am Bande verliehen, den bisherigen ordentlichen Professor
an der Universität zu Basel, Dr. theol. Hermann Freiherrn von der
Goltz zum ordentlichen Professor in der evangelisch-theologischen Fakultät
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn; sowie den bish.
außerordentlichen Professor Dr. Hermann Hüffer zum ordentlichen

Professor in der juristischen Facultät der Universität zu Bonn ernannt, den
Kreisgerichts-Director Günther zu Senburg in gleicher Eigenschaft an
das Kreisgericht zu Piffa verlegt, dem Rentanten Kunze zu Grätz den
Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Der bisherige königliche Kreis-Baumeister Siehr zu Lauenburg in
Dommern ist zum königlichen Bau-Inspcutor ernannt und denselben die
Bau-Inspcutor-Stelle in Striburg verliehen worden. Dem Commerzien-
Rath Weigert in Berlin ist unter dem 12. März ein Patent auf eine
Vorrichtung an Webstühlen zum Eintragen von offenen Faserstoffen und
Kaden-Enden in Plüschgewebe auf drei Jahre, dem Sambruch zu Elbing
ist unter dem 14. März ein Patent auf einen Eisenbahn-Personenwagen
in der durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten Construction, auf drei
Jahre erteilt worden.

|| Berlin, 17. März. [Zur katholischen Militär-Seelsorge.
Erzbischof von Ledochowski und die Staatsregierung. Die
Special-Untersuchungs-Commission. Bestand unserer Marine.
Das Reichsheer. Menderung in den Beziehungen des lter.
Büreaus. Zur Presse.] Bei dem großen Interesse, welches augen-
blicklich die katholischen Angelegenheiten in Anspruch nehmen, muß einer
wichtigen thatsächlichen Entscheidung gedacht werden, die in diesen Tagen
auf dem Gebiete der katholischen Militär-Seelsorge erfolgt ist: Der
König hat eine Verordnung vollzogen, durch welche die Feldpropstei auf-
gehoben und an Stelle derselben die frühere Militär-Seelsorge wieder-
hergestellt wird. — Was den durch die Ledochowskische Anweisung der Re-
ligionslehrer an den höhern Lehranstalten seiner Diocese hervorgerufenen
Conflict betrifft, so hat das Staatsministerium wiederholt gemeinsame
Berathungen darüber abgehalten. Das Ergebnis dieser Berathungen ist
zwar noch nicht bekannt, doch ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die
Regierung ein strafrechtliches Vorgehen gegen den Erzbischof nicht für
angemessen erachtet, sondern daß sie die Rechte des Staats auf dem Wege
der Disciplin und Verwaltung zu wahren gedenkt. — Die in Folge des
kaiserlichen Antrags durch königliche Botchaft eingeleitete Specialunter-
suchungs-Commission in Bezug auf die Mißstände im Eisenbahnconcessions-
wesen ist bis jetzt noch nicht zu Ergebnissen gelangt, die zur Kenntniß für das
Publikum reif wären. — Nach der dem Bundesrath vorgelegten Denkschrift
über die Entwicklung der kaiserlichen Marine umfaßt letztere augenblicklich:
3 Panzerfregatten (König Wilhelm, Kronprinz, Friedrich Carl); 2 Panzer-
fahrzeuge oder Monitors (Arminius und Prinz Adalbert); 10 Corvetten
(Arcona, Gajelle, Adler, Hertha, Elisabeth, Augusta, Victoria, Nympha,
Medusa und Ariadne); 2 Aviso's (Gilde und Falke); 18 Kanonenboote;
1 Artillerieschiff; 3 Segelcorvetten (Rover, Moskito und Undine) und
6 kleine Torpedoboote. — Die Friedenspräsenzstärke des Reichsheeres ist
für die Jahre 1872—1874 festgestellt. Der Aufwand für dasselbe be-
trägt nach dem Sage 225 Thlr. für den Mann 90,373,273 Thlr. Von
dieser Summe gehen jedoch ab: 1) die in Bayern für dessen Armee von
48,244 Mann zu überweisende Summe von 10,854,900 Thlr.; 2) die
Nachschüsse, welche einzelnen Bundesstaaten an den Militärbeiträgen ver-
tragmäßig zu gewähren sind und welche sich auf 63,860 Thlr. belaufen;
3) 337,699 Thlr. Zuschuß aus allgemeinen Reichsfonds zu Gehaltsverbesser-
ungen für Beamte der Militärverwaltung, so daß, wenn man von der
bahrigen Armee absieht, für 353,415 Mann 49,992,214 Thlr. zur Dis-
position stehen. — In den Beziehungen des lter. Büreaus zur Presse wer-
den seit längerer Zeit Veränderungen vorbereitet, die jetzt ihrer Verwirk-
lichung entgegengehen. Zunächst werden die gemeinsamen Mittheilungen,
welche bisher täglich im lter. Bureau stattfanden, eingestellt werden. Ein-
zelnen Correspondenten soll jedoch auf specielle Anfragen von ihrer Seite
Gelegenheit geboten werden, sich über wichtige Tagesfragen und die Stel-
lung der Regierung zu denselben nach wie vor informieren zu lassen.

|| Berlin, 17. März. [Aus der Untersuchungscommission —
Civilhegesetz und Stauderegister. — Zur Anerkennung-
frage Spaniens. — Das Kathausbankett.] In Abgeordneten-
kreisen hört man mit nicht geringer Befriedigung, daß in einer der letzten
Sitzungen der Untersuchungscommission als zulässig erklärt wurde, die
Protokolle dem Druck zu übergeben und an die beiden Häuser des Land-
tags gelangen zu lassen. Dadurch werden nicht nur die abschließlichen Ent-
stellungen der Gegner, sondern auch manche Irrthümer im befreundeten
Lager widerlegt. In den Ersteren gehören jene Mittheilungen, welche
den Grafen Schenk und Herrn Wagener als unschuldig, und Lasker als
eherlich, aber vortheilhaft Ankläger aus der Untersuchung hervorgehen
lassen. — Dem ist nicht so. Von einem Mitgliede der Untersuchungscommission
erfahren wir, daß das Concessionswesen so gründlich von der Commission
behandelt wird, daß die Kreuz-Stg. tritt, wenn sie die Arbeiten in wenigen
Wochen beendigt glaubt. Dazu wird es zweier Monate bedürfen.
Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Graf Schenk binnen
dieser Zeit seinen Abschied verlangt und erhält und daß Herr
Wagener unter erschwerten Umständen in den Ruhestand tritt. —
In der Fraktionsversammlung der Fortschrittspartei des Reichstages ist
beschlossen worden, den Entwurf eines Civilhegesetzes und der Staudes-
register einzubringen. — Die vom Reichstagsabgeordneten Windthorst
(Berlin) beabsichtigte Interpellation betreffs Anerkennung der gegenwärtigen
spanischen Regierung ist nach vorhergegangener Discussion in der Fraktions-
versammlung der Fortschrittspartei aus Opportunitätsrücksichten zurück-
gezogen worden. — Das beabsichtigte parlamentarische Diner im Rath-
haussaale zur Geburtsfeier des Kaisers ist so zu sagen zu Wasser ge-
worden. Der Senioranconvent des Abgeordnetenhauses hat sich im
ablehnenden Sinne über die „Privateinladung“ der Communalbehörden
Berlins ausgesprochen, denn als solche muß eine Einladung betrachtet
werden, die den Gast auf seine eigenen Kosten zu tafeln verpflichtet. Die
Präsidenten des Abgeordnetenhauses haben an den Oberbürgermeister
Hobrecht Zuschriften gerichtet, in welchen sie ihre Theilnahme an Rath-
hausbankett wegen anderweitiger Verpflichtungen verjagen. Damit wird
wohl das von den Conservativen im Arnim'schen Saale veranstaltete
Festessen gemeint sein, dessen Subscriptionsliste indeß bis heute kaum
30 Namen zählte. Seitens der Reichstagsmitglieder wird das Rathhaus-
bankett ebenfalls nur spärlich besucht werden. Infolge dessen erläßt der
Oberbürgermeister Hobrecht zahlreiche Einladungen an die Bürgerschaft
Berlins.

|| Berlin, 17. März. [Abg. Lasker. Die Denkschrift des
Handelsministers und das Resultat der Untersuchungs-Com-
mission. Civilhege und Stauderegister. Reichsmünzgesetz.
Reichsverkehrs-Ministerium.] Die Untersuchungs-Commission
hält täglich eine Sitzung, welche mehrere Stunden währt. Trotz-

dem dürfte die Untersuchungs-Commission gegen den Geheimen Ober-Regierungs-Rath Wagener erst gegen Ende dieser Woche geschlossen werden, während die Personalien, welche sich auf den Handelsminister beziehen, längere Zeit in Anspruch nehmen. Es ist begreiflich, daß während der Commissionverhandlungen über Personalfragen eine Veröffentlichung der Protokolle nicht erfolgen konnte. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß die Commission hierüber keinen eigentlichen Beschluß faßte und z. B. Kasker die Freiheit gehabt hätte, über den Gang der Verhandlungen in der einen oder anderen Weise den Weg der Deffektivität zu betreten. Die Commission vereinbarte nämlich seiner Zeit, daß keines seiner Mitglieder befehligt sei, den Journalen tatsächliche Mittheilungen zugehen zu lassen. Wenn Kasker davon keinen Gebrauch machte, so hat er damit eine Reserve beobachtet, die bei den mannigfachen Angriffen der Presse nicht Seinermaßen Sache gewesen. Graf Zhenplitz hat diese Zurückhaltung nicht bewiesen. Seine Denkschrift über die von Kasker gegen ihn erhobenen Anklagen war ursprünglich bloß für die Commission bestimmt und gehörte zu ihren Acten. Die Publication erfolgte mit Wissen und Willen der Regierung und ohne Zustimmung der Commission. Dies zu betonen ist nöthig, weil sich vielfach die Auffassung geltend machte, als ob die Commission die Publication begünstigt hätte. Weiter wurde daraus geschlossen, daß die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder der Commission eine nicht weniger als collegialische Haltung gegen den Abg. Kasker annehme. Dem wird von berufener Seite widersprochen. Man sagt uns mit einer populären Redensart, daß Kasker nicht der Mann sei, sich die Butter vom Brode nehmen zu lassen. Das wisse jedes einzelne Commissionsmitglied. Die Diffidiren haben einfach deshalb keinen Schleiер über die Commissionvorgänge ziehen können, weil diese selbst ihren Informationen fern lagen. Zu einer Journalpolemik hatte Kasker wahrscheinlich ebenso wenig Zeit als Lust und wenn Pessimisten daraus sonst wohlmeinende Consequenzen zogen, so sind diese irrig gewesen. Wir resumiren: Die Personalfragen werden in einer Weise erledigt werden, die der Auffassung der öffentlichen Meinung und der Mehrheit des Abgeordnetenhauses entspricht. Die gesetzgeberischen Aufgaben der Commission dürften eine Lösung erfahren, die in der gänzlichen Umänderung des Eisenbahnconcessionwesens und der Verwaltung bestehen wird. Das Civilhegegesetz und die Vorlage über die Standesregister befinden sich zwar in den betreffenden Bundesrathsausschüssen, was allerdings noch keine Gewähr dafür ist, daß sie von dem Plenum dieser Körperschaft sanctionirt werden. Aber Personen, welche darum wissen könnten, halten die Vorlegung der beiden Gesetze für nahe bevorstehend, womit wohl angedeutet werden soll, daß die Fortschrittspartei nicht die Initiative zur Einbringung der Gesetze zu ergreifen braucht. — Möorgen wird im Bundesrath das Reichsmünzgesetz beschlossen und dem Reichstage unmittelbar darauf zugehen. Die Vorlage wird sodann dem Drucke übergeben und binnen wenigen Tagen in den Händen der Mitglieder sein. — Innerhalb der nationalliberalen Partei des Reichstages wird ein Antrag auf die Einführung eines Reichsverkehrsministeriums vorbereitet. Fürst Bismarck dürfte der Idee geneigt erscheinen. Ohne Zweifel wird man die gesetzgeberischen Resultate der Untersuchungscommission, sowie den Rücktritt des Grafen Zhenplitz abwarten, um den gedachten Antrag einzubringen.

* Berlin, 17. März. [Tagesbericht.] Nach einem heutigen Bulletin hat Feldmarschall Wrangel, welcher Freitag an der linken Seite von einem Schlaganfall getroffen worden war, drei Stunden in der Nacht geschlafen, die Kopfschmerzen ließen nach, Fieber ist nicht vorhanden. — Die liberalen Parteien haben den vom deutschen Journalistenstage ausgearbeiteten Entwurf eines Reichspressegesetzes sich angeeignet und damit im Reichstage die parlamentarische Initiative ergriffen. Es ist dieser Schritt geschehen, nachdem von glaubwürdiger Seite die allerdings noch völlig unaufgeklärte Mittheilung verlautete, daß eine Regierungsvorlage darüber in dieser Session nicht zu erwarten sei. Es hat die gesamte liberale Partei sich dahin vereinigt, das Pressegesetz gleich in der ersten Sitzung des Reichstages einzubringen, um dadurch die besondere Wichtigkeit, welche sie dieser Sache beilegt, zu bekunden. Die Regierung muß darauf gefaßt sein, mit Ernst in die Verhandlungen über das Pressegesetz einzugehen; sie kann nicht darauf rechnen, dieselben hinzuziehen, da sie sich einer großen geschlossenen Majorität gegenübersteht und nur eine verschwindend kleine Minorität der Ansicht sein dürfte, daß die Sache noch länger aufgeschoben oder nicht im liberalen Sinne gelöst werden könne. — Zwischen dem Sitzungsgebäude des Reichstages und dem Abgeordnetenhaus ist eine directe telegraphische Verbindung hergestellt worden. — Wie die „D. R. Z.“ vernimmt, hat die königliche Staatsanwaltschaft gegen das am 27. Februar ergangene freisprechende Urtheil des Bonner Zuchtpolizeigerichtes in der Untersuchungsache wegen Majestätsbeleidigung, welche durch die Abfassung des Telegramms an den heiligen Vater durch die bekannten drei Barone begangen sei soll, Berufung eingelegt und wird die Sache in der Appellinstanz am 7. April nochmals zur Verhandlung kommen. — Der Verein schweizerischer Buchdruckerbesther erließ eine Bekanntmachung, nach welcher kein Verbandsmitglied in der Schweiz Condition in einer Vereinsbuchdruckerei findet.

[Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich] sind der „N.-M.-Ztg.“ zufolge zum Abschluß gelangt. Am 15. d. M. ist im hiesigen Auswärtigen Amt Nachmittags 5 Uhr ein aus sechs Artikeln bestehender Vertrag von dem Fürsten-Reichskanzler und von dem französischen Votschafter unterzeichnet worden. Nach Artikel 1. dieses Vertrages soll die Kriegsschuld Frankreichs, deren Rest nach der Convention vom 29. Juni 1872 erst am 1. März 1875 fällig geworden wäre, mit dem 5. September d. S. gestilgt sein. Der Vertrag vom 15. d. M. handelt in seinem Artikel III. von der Räumung des französischen Gebiets. Dieselbe findet innerhalb 4 Wochen, vom 5. Juli d. S. an gerechnet, von Seiten der deutschen Occupationarmee statt. Befestigt bleibt die Festung Verdun mit einem Rayon von 3 Kilometern und mit freier Militärstraße nach Metz, sowie, als Stappenplätze, die Orte Conflans und Etain. Gernant wird endlich auch diese vierzehn Tage nach dem 5. Sept. 1873.

(Pos. Ztg.) Gnesen, 16. März. [Unterhaltung.] Nicht nur bei der Generalfasse des erzbischöflichen Conventuals, sondern auch bei der Rassenverwaltung des hiesigen katholischen Waisenhauses sollen Unterhaltungen vorgekommen sein. Darüber ist zwischen dem Canonikus Dulinski und dem Erzbischof Grafen Ledochowski ein interessanter Briefwechsel geführt worden, worin der genannte Domherr sehr gravirende Enthüllungen über eine dritte Person gemacht zu haben scheint. Die darauf ergangenen Antwortschreiben des Erzbischofes und, wenn ich nicht irre, die Copien der Dulinski'schen Briefe sind vor einigen Tagen von dem hiesigen Staatsanwalt mit Beschlag belegt worden.

Desterreich.

Wien, 17. März. [Freilaufung.] Den hiesigen Abendblättern wird aus Prag gemeldet, daß Streichowski und Ruzicka, welche wegen der gegen das freisprechende Erkenntnis erster Instanz von Seiten des Staatsanwalts erhobenen Appellation bisher in Haft behalten waren, auf Beschluß des obersten Gerichtshofes gegen eine Caution von resp. 10,000 und 8000 Gulden gestern Abend auf freien Fuß gesetzt sind.

Frankreich.

Paris, 16. März. [Zur Räumungsfrage.] Aus der Nationalversammlung. Eine officiöse Note giebt heute Kunde von dem überallhin schnellen Verlauf der Unterhandlungen betreffs Räumung des Gebietes und theilt mit, daß der Räumungsvertrag gestern Abend 5 Uhr in Berlin unterzeichnet worden ist. Die Regierung von Versailles hätte gewünscht, die Nationalversammlung zuerst von diesem wichtigen Ergebnis in Kenntniß zu setzen, aber die von Berlin erwartete Depesche traf erst nach Schluß der gestrigen Sitzung ein. Das Resultat der diplomatischen Besprechungen ist Ihnen auf telegraphischem Wege bereits be-

kannt geworden. Die officiöse Note spricht am Schluß die Hoffnung aus, daß diese Bedingungen des neuen Vertrages, trotz schmücklicher Erinnerungen an den Patriotismus aller guten Bürger erfreuen werden. In der That ist nicht daran zu zweifeln, daß die Nation in ihrer Gesamtheit Thiers Dank wissen wird, binnen 2 1/2 Jahren nach dem Friedensschluß eine Aufgabe gelöst zu haben, deren Vollendung damals überhaupt zweifelhaft erschienen konnte. Möglicherweise allerdings, daß man von verschiedenen Seiten die Fortdauer der Belagerung von Verdun ausbeuten wird, um dem eben getroffenen Abkommen seinen wahren Charakter streitig zu machen, der Sache ist keine Wichtigkeit beizulegen. Vor der Bedeutung der im Vorstehenden erwähnten Thatsache verschwinden die andern politischen Ergebnisse des Tages. Die Nationalversammlung hat gestern in-mit der allgemeinsten Unaufmerksamkeit die Streichhölzer-Debatte beendet, ohne nur auf die Erklärungen zu bestehen, die man Tags zuvor von dem Finanzminister verlangt hatte. Außerdem interpellirte der junge Castellane den Minister des Innern über die Unterdrückung der gestern genannten monarchistischen Blätter. Castellane sprach nicht mit seiner gewöhnlichen Sicherheit, er war anscheinend nicht vorbereitet und sein Plaidoyer für die unterdrückten Journale war stellenweis nicht eben schmeichelhaft für dieselben. Der Minister de Gaulle antwortete, daß er für jetzt die Interpellation nicht beantworten könne, gab aber denn doch eine kurze Antwort, woraus hervorging, was übrigens alle Welt wußte, daß die Unterdrückung der Assemblée Nationale erfolgt ist, weil dieses Blatt sein Möglichstes gethan hatte, den Unterhandlungen mit Deutschland Schwierigkeiten in den Weg zu legen, und die Maßregel gegen die beiden andern Blätter, weil dieselben durch Verbreitung lügenerischer Gerüchte an eine Mißbilligung zwischen der Regierung und den Generolen glauben machen wollten. — Die Rechte nahm diese Erklärungen de Gaulles, der sonst bekanntlich ihr Lieblingsminister ist, mit Unzufriedenheit entgegen und es entstand einiger Lärm, den der Kriegsminister nur mit Mühe beschwichtigen konnte. Endlich kam Gambetta zum Worte und sagte: „Wenn die Rechte sich seiner Zeit mit uns vereinigt hätte, um die Aufhebung des Belagerungszustandes zu verlangen, so wäre der jetzige Auftritt nicht erfolgt. Aber so lange die Militärbehörde nur die republikanischen Journale unterdrückte, war der Rechten der Belagerungszustand ganz erwünscht. Sie möge eine Moral aus dem Vorfall ziehen“ (Beifall links). — Castellane bestand darauf, eine ausführlichere Antwort auf seine Interpellation zu erhalten, er brachte einen schriftlichen Antrag demgemäß ein, und nach einigem Hin- und Herreden beschloß die Versammlung die Interpellation für nächsten Donnerstag auf die Tagesordnung zu setzen. Den Herren von der Rechten liegt dieser Gegenstand am Herzen, weil die „Assemblée nationale“ von ihnen gegründet und mit den erforderlichen Fonds ausgestattet ist. — Die Petition des Generals Carré de Bellemare soll nächsten Sonnabend zur Verhandlung kommen.

Stalien.

Rom, 15. März. [Die Voce della verita] ist vorgestern wegen der in ihr enthaltenen Anrede des Fürsten Lichtenstein confiscirt worden.

Schlesien.

* Breslau, 18. März. [Bezüglich der Wahl eines Oberpräsidenten der Provinz Schlesien] enthält der „Niederschles. Anzeiger“ folgende Notiz:

Aus bester Quelle können wir mittheilen, daß sich die Unterhandlungen zwischen der Regierung und Herrn v. Seydewitz auf Reichenbach, Landes-hauptmann und Landesältesten des Magistratsbunds Ober-Lausitz, wegen Uebernahme der Stelle eines Oberpräsidenten der Provinz Schlesien zer-schlagen haben. Herr von Seydewitz hatte allerdings bereits die dies-bezüglichen Anträge der Regierung acceptirt, jedoch nur unter Bedingun-gen, auf welche man jetzt in Berlin nicht eingehen zu können glaubt.

o Breslau, 18. März. (Communes.) Auf der Tagesordnung für die am 20. März abzuhaltende Sitzung der Stadtverordneten stehen außer einigen bereits verhandelten 22 neue Vorlagen. Letztere betreffen 1) Bewilligungen. Außer mehreren persönlichen Unterstützungen sollen u. A. bewilligt werden 2474 Thlr. Mehrausgaben für die Verwaltung der Clementar-Unterrichts-Angelegenheiten, 1355 Thlr. zur Deckung der Ueberschreitungen bei den Ausgaben der allgemeinen Verwaltung verschiedener Einnahmen u. Ausgaben und 1006 Thlr. Mehrkosten der mit 34.400 Thlr. dotirten baulichen Herstellung der seitens der Stadt-gemeinde Breslau für den hgl. Steuerfiskus errichteten neuen Thorreparations-gebäude. Die Commissionen empfehlen durchgehend die Genehmigung der Magistrats-Anträge.

2) Die Anciennitäts-Verhältnisse der städtischen Lehrer sollen für die Folge nach folgenden Grundsätzen geregelt werden: Bei ein-tretenden Vacanzen innerhalb jeder der drei Hauptklassen rücken die Lehrer nach der Zeit dem 1. Januar 1870 beistehenden Reihenfolge hinterein-ander in höhere Stellen auf. Aus einer Hauptklasse in die nächste höhere wird derjenige, welcher am längsten hiesiger städtischer Lehrer ist, befördert, vorausgesetzt, daß gegen seine Befähigung nichts einzuwenden ist; derselbe erhält die letzte Stelle der höheren Hauptklasse und rückt dann der Reihe nach weiter auf. Das Aufsteigen nach der Reihenfolge innerhalb jeder Hauptklasse wird in einer gewissen Zeit ganz von selbst die Ordnung dieser Reihenfolge nach der städtischen Dienstzeit zur Folge haben.

Die Schul-Commission empfiehlt, von dieser Auskunft des Magistrats Kenntniß zu nehmen.

3) Nachmittags-Unterricht. Von Dr. Lion ist der Antrag ein-gegangen, zu beschließen: den Magistrat zu ersuchen, für das nächste Sommer-Semester durch Verlängerung des Vormittags-Unterrichts den Nachmittags-Unterricht, besonders in den höheren Lehranstalten und den Mittelschulen in Wegfall zu bringen und hiermit den Versuch zu machen, ob sich nicht eine dauernde Aufhebung des Nachmittags-Unterrichts empfehlen möchte.

Die Schul-Commission empfiehlt, diesem Antrage zuzustimmen.

4) Subsellien. Magistrat theilt der Versammlung mit, daß die gemeinliche Commission zur Verabreichung über die zweckmäßigste Construction der Subsellien am 17. v. M. zusammengetreten ist und bereits meh-rere Sitzungen gehalten hat. Die Commission besteht, außer den von der Stadt-Verf. gewählten Mitgliedern aus den Stadträthen Kaumann, Born und Thiel, von denen der Letztere mit dem Vorsteher betraut ist und aus den Ärzten Dr. Herrn. Cohn, Prof. Dr. Auerbach, den Gym-nasial-Directoren Dr. Fickert, Dr. Heine und Dr. Müller und den Hauptlehrern Schneider und Dietrich, welche als Sachverständige cooptirt sind.

Wie Magistat im Weiteren mittheilt, wird er überall da, wo es die Verhältnisse gestatten, dem Beschlusse der Versammlung: die Anfertigung neuer Subsellien für Schulanstalten vorläufig zu skizziren, entsprechen; wo jedoch die Einrichtung neuer Klassen an Oftern d. S. erfolgt, ist es nicht möglich, den Abschluß der Commissions-Beratungen abzuwarten, um danach die Subsellien für diese Klassen anfertigen zu lassen.

Die Schul-Commission empfiehlt, sich durch diese Auskunft des Magistrats für befriedigt zu erklären.

5) Incommunalisirung Herdains. Von mehreren Bewohnern Herdains war das Gesuch um Einverleibung der Dittschast in den Stadt-bezirk erhoben worden. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte dem Magistrat dieses Gesuch mit dem Wunsch überliefert, Auskunft zu erhal-ten, welche Gründe die Incommunalisirung Herdains bisher verhin-der haben?

In seiner Beantwortung dieser Frage führt Magistrat aus, daß die gewünschte Einverleibung z. B. nur im persönlichen Interesse der Petenten liege und die Stadt Breslau kein Bedürfnis habe, sich auf Kosten dieses Interesses) noch weiter zu vergrößern und ihr Ausgabe-Budget noch höher zu belasten. Hierzu kommt, daß die Einverleibung der Feldmark Herdains eine abnormale Verlegung der Schall- und Mähleingrenze und demzufolge wiederum den kostspieligen Aufbau neuer Thor-Controll-Etablissements nothwendig machen würde. Schon aus diesem Grunde müßte Magistrat dem Antrage der Petenten entschieden widersprechen und habe er dies ihnen auch bereits wiederholt eröffnet.

Die Commissionen empfehlen: dieser Entscheidung des Magistrats beizutreten.

6) Stadthaushalts-Stat pro 1873. Zu dem vom dem Magistrat

vorgelegten, f. J. bereits in den Grundzügen veröffentlichten Stadthaus-haltsstat pro 1873 empfiehlt die Finanz- und Steuer-Commission: a. denselben in Einnahme und Ausgabe, in Ordinarium, Extra-ordinarium und Hauptextraordinarium, vorbehaltlich der definitiven Festsetzung nach Maßgabe der Abänderungen, welche die Specialstats durch die resp. Beschlüsse der Versammlung erhalten haben, zu genehmigen, b. den Magistrat zu ersuchen: für die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke von 1874 ab einen Etat aufstellen zu lassen; die Verwaltung über den Stand des Hauptextraordinarii am Schluß jedes Quartals unterrichtet zu halten; und die im letzten Jahre besonders häufig vorgekommenen Anträge auf nachträgliche Bewilligung von Geld-mitteln für bereits geleistete Ausgaben auf das äußerste Maß des Unver-mögens zu beschränken, um die andernfalls eintretende Beeinträchtigung des Control- und Bewilligungsrechtes der Versammlung zu verhüten.

Die anderweitigen Vorlagen betreffen: die Theilung der 3. Klasse bei der eong. Elementarschule 4, die Zuweisung von städtischen Stipendien, die Anstellung mehrerer städtischer Beamte und endlich Rechnungs-Revisions-Angelegenheiten.

= Breslau, 18. März. [Geist der Volksversammlung vom 16. März.] Damit auch kein Röhren verloren gehe, tragen wir zur Charak-terisirung der am 16. März von den strikenden Buchdruckern heraufenen Volksversammlung nach einem uns vorliegenden stenographischen Bericht wörtlich die wichtigsten Kraftausdrücke nach, in welchen sich die einzelnen, hauptsächlich social-demokratischen Redner gegen die Principale der Druckereien und die Zeitungs-Redacteurs, sowie im Allgemeinen gegen die gesamte „Bourgeoisie“ genannte, bürgerliche Gesellschaft ergingen.

Herr Schreiber hätte seinen Bericht über den Ursprung und Ver-lauf des von Leipzig nach Breslau überragenden Strike auf die Mitthei-lung folgender notorischer und unbefristeter Thatsachen reduciren können:

In Leipzig legen die dem Verbanne angehörigen Buchdrucker-Gesellschaften dem Vorstände des Principalvereins einen von ihnen für ganz Deutschland entworfenen Normaltarif mit der kategorischen Forderung vor, ihnen über die Annahme oder Ablehnung desselben binnen 48 Stunden Bescheid zu geben und legen auf die Erweiterung des Vor-standes, die Antwort könne nicht von ihm, sondern nur von der zum 11. Mai berufenen Generalversammlung des Principalvereins ertheilt werden, sofort die Arbeit nieder, und der Leipziger Strike wird dadurch, daß er von allen, also auch Breslauer, Mitgliedern des Ver-bandes mit Geldbeiträgen unterstützt wird, eine gemeinsame Angelegenheit der demselben angehörigen Buchdrucker-Gesellschaften. Wurde der Strike in Leipzig mit Erfolg durchgeführt, so kamen nach einander Augsburg, München, Breslau, Berlin u. s. w. an die Reihe, wenn sich hier die Principale dem in Leipzig von den Gesellsen durchgesetzten Normaltarif nicht gutwillig fügten. Nachdem der von den auswärtigen Gesellsen unterstützte Strike 6 Wochen lang gedauert hatte, beschloßen auf die Aufforderung des Vorstandes des Principalvereins zur Abwendung der gemeinsamen und eigenen Gefahr die Principale der Breslauer Buch-druckereien, ihren Gesellsen die Alternative zu stellen, entweder die pecuniäre Unterstützung des, schließlich auch gegen die Breslauer Principale gerichteten, Leipziger Strike aufhören zu lassen, also aus dem Verbanne zu treten, oder am 8. März, falls an diesem Tage der Leipziger Strike noch nicht zu Ende sein sollte, die Rün-digung zu gewärtigen. Auf diese ihnen am 7. März gemachte Mitthei-lung verweigern die Gesellsen der Freund-schen Druckerei am 8. März, Morgens die Arbeit, indem sie die Seheri in der größten Unordnung lassen, und eben so machen es, ohne die geringste Rücksicht auf die be-gonnene Arbeit, die Gesellsen der Korn'schen und Friedrich'schen Officin, als deren Principale der, in die peinlichste Verlegenheit gebrach-ten Freund'schen Druckerei einige Lehrlinge zur augenblicklichen Aus-hilfe zu überlassen beschloßen. So und nicht anders ist die Entfaltung des Breslauer, zur Erhärtung der „Manneswürde“ mit Wortbruch in Scene gesetzten Strike.

Wie es in Breslau mit den Seherlöhnen steht, ergibt sich aus dem Zugeständnis des Herrn Schreiber: „Die Arbeitspreis“ sind in Leipzig ganz dieselben wie in Breslau, die Lebensverhältnisse ebenfalls annähernd dieselben, und trotzdem stehen sich die Leip-ziger Buchdrucker um 50 Procent schlechter als wir“, und die Aufforderung des Vorsitzenden des social-demokratischen Ar-beitervereins Bebel'scher Richtung „Wo die Fahne des Massen-kampfes weht, haben Sie mitzuwirken“, erhält sowohl durch die-ses Zugeständnis des Herrn Schreiber, als durch Herrn Geisler's Bemer-kung „Levee en masse, die Erhebung aller Arbeiter für das im Kampfe befindliche Gemein, das ist das letzte endgiltige Mittel“ einen eigen-thümlichen brenglichen Beispruch. Schade, daß man nicht weiß, zu wel-chem „Gemein“ der Herr Vorsitzende des social-demokratischen Arbeiter-vereins gehört, und was für Arbeit der Arbeiter Geisler verrichtet. Wie es von einem Socialdemokraten nicht anders zu erwarten, behandelte der Sattlergesell Herr Krämer die Normalzeitung als „Normalwisch“ und verrieth seine geringe Sehergabe in der Verhinderung: „Wenn Sie die Buchdrucker im Stiche lassen, dann wird es so kommen, wie die Her-ren wünschen; dann ist die Arbeiterchaft im Ganzen überhaupt unter-drückt, und dann wundern Sie sich nicht, wenn die Herren vielleicht wie-der ein Preßfest veranstalten, wo der Seet in Strömen fließt, um die Odbachlosen zu schütten“. Daß dieses Bild lebhaften Applaus erhielt, ist eben so selbstverständlich, als die beifällige Aufnahme des Vorschlages, eine Arbeiterzeitung mit 10,000 Abonnenten zu gründen, und es fehlte nur noch, daß der Vorsitzende des hiesigen deutschen Arbeitervereins, der Socia-l-demokrat Hafenclever'sche (früher Schweitzer'sche) Richtung, Herrn Reinders, zur Behütigung des heraldischen Einvernehmens in Zölseher Manier den Arbeitern zu bedenken gab, „daß, wie man jetzt gegen die Buchdrucker auftritt, so wird man bald gegen jede einzelne Corporation vorgehen, um großen Jubel zu erregen, diesen aber zum Enthusiasmus zu erheben, als er daran die Aufforderung knüpft, dafür zu sorgen, „daß die Arbeitgeber ausbleiben, Ihnen eiserne Handschellen anzulegen“, und durch reichliche Steuern es dahin zu bringen, „den Buchdruckern einen besseren Lohn auszuzahlen, als ihnen diese Halsabschneider (Rüchliche Brädel) zahlen.“ Gegen solche Kraftausdrücke fiel die Ver-sicherung des Maurergesellen Herrn Sellmann „Sie (d. h. nicht bloß die Buchdruckerprincipale, sondern alle Arbeitgeber) wollen uns unser Recht stehlen; aber solche Spitzbübereien können wir nicht dulden,“ wie eine matte Beschwichtigung ab, und es hätte seiner Verhinderung, „Glauben Sie nicht, daß das (beizusteuern) Geld verpraßt, verschmelzt und ver-let (Bravol) wird“, in einer Versammlung kaum bedurfte, wo jeder von der Vortrefflichkeit des Andern überzeugt war. So schloß denn diese Volksversammlung, nachdem zu guterletzt noch Herr Schweickendiek seine Wahrnehmung mitgetheilt hatte, man wolle „den freien Lohnarbeiter auf den Zustand des früheren Sclaven herabdrücken,“ naturgemäß mit dem Anstimmten der Marcellaise.

* [Stadttheater.] Im Stadttheater begann gestern die hier im besten Renommee stehende „Naiive“ des Wiener Stadttheaters Frau Hasemann-Kläger ihr Gastspiel als „Elfriede“ im „Aschenbrödel“ und führte sich damit in wahrhaft glänzender Weise unserm Theater-publikum vor. Ihre „Elfriede“ war von einer wunderlichen Naivetät und Herzensinnigkeit, einzelne Scenen von gradezu lyrischem Schwunge, wie die erste Waldscene, andere von unnachahmlicher humoristischer Wirkung wie die Pensionatscene. Die geschätzte Gattin wurde wiederholt und stürmisch gerufen. Das Ensemble der Darstellung war im Ganzen ein-trefflich und den Intentionen des Stückes recht angemessen. Hoffent-lich wird Herr Director Schwemer das Gastspiel der Frau Kläger so weit wie möglich ausdehnen, um uns den Genuß zu gewähren, die liebenswürdige Künstlerin auch in ihren anderen Glanzrollen zu sehen.

* [Lobetheater.] Das Repertoire dieser Bühne hat durch das gestern zum ersten Male aufgeführte Schauspiel „Hans Lange“ von Paul Heyse

seinen schätzenswerthen Beitrag zur Erfahrung. Der vorzüglichste Stuhl des selben gestattete den Darstellern die dankenswerthe Arbeit selbstständigen Individualisirens, wie dies auch namentlich der Träger der Titelrolle Herr P. Jademach in anerkennenswerther Weise gethan hat. Sein „Hans Lange“ war der treffendste Urtypus des pommer'schen Bauern in seiner Einfachheit, wie in seiner Gutmüthigkeit und die Effecte, die der geschätzte Gast in dieser Rolle hervorzubringen mußte, gehören zum größten Theile seiner eigenen Arbeit, nicht der des Dichters an. Es war eine wahrhaft stuhlvolle, echt künstlerische Leistung, ohne jede Uebertreibung, ohne jenes verhängnisvolle „zu viel“, das gerade hier so verlockend nahe lag. — Auch die übrigen Darsteller bemühten sich ihren Rollen gerecht zu werden, so namentlich Herr Lomann (Hennig), dessen Spiel ein charakteristisches, Fr. Hagen, deren „Dörte“, eine schelmische und liebliche Dorfchöne, durch ihre naive Anmuth fesselte, Fr. v. Sunyock, (Herzogin Sophie), Herr Federer (Ewald v. Massow) Herr Zelt und Herr Jech, denen sich alle anderen Mitspielenden angeschlossen.

Der Florentiner Quartett-Verein (Jean Becker) hat in seiner ersten Saison am Montag im Saale des Hôtel de Silésie vor einem zahlreichen Zuhörerkreise seinen alten wohlbegründeten Ruf auf's Neue glänzend bewährt. Wir müssen es uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen leider versagen, auf die ausgezeichneten Leistungen der berühmten Künstler näher einzugehen und bemerken nur, daß das Mozart'sche Quartett (Es-dur) wie das Haydn'sche Quartett (D-dur) durch die eigenthümliche Art der Auffassung, wie durch die vollendete Ausführung und die Schönheit der Klangfarbe sich den allgemeinsten Beifall erworben. In dem Vortrage wurde an Stelle der ihm zugehörigen Menuett eine andere nicht minder schöne und eigenthümliche aus einem kleineren Haydn'schen Quartett gespielt, — ein Act der Willkür, der sich wohl entschuldigen, aber nicht rechtfertigen läßt. Eine wunderbare Wirkung übte das überaus schwierige und deshalb selten zu Gehör gelangende Schubert'sche Quartett in G., das Op. 161 aus. Hier zeigte sich das eminente Zusammenspiel der vier begabten Künstler in seinem vollen Glanze. Wenn auch der letzte Satz an musikalischem Gehalt den vorangehenden nachsteht, so ist doch das ganze Werk so reich an Schönheit und Originalität, daß wir dem Florentiner Quartett-Verein außerordentlich dankbar für die Durchführung dieser überaus reizenden Composition sind. Jedes einzelne Instrument findet darin Gelegenheit, in seiner eigenthümlichen Klangfarbe hervorzutreten und so schwierig die Lösung der künstlerischen Aufgabe ist, so dankbar erscheint sie in ihrer Wirkung. — Die zweite Saison bringt ausschließlich Beethoven'sche Compositionen, aber so groß und gewaltig in der Ausführung, daß kein Kenner wie dem Liebhaber ein gleich hoher Kunstgenuss in Aussicht steht.

Der Universität. Montag den 17. d. verteidigte der Dr. med. Ernst Fränkel behufs seiner Habilitation als Privatdocent in der medicinischen Facultät seine geburtsärztliche Abhandlung „Ueber Placentarpyelitis“, sowie die zugehörigen Vorträge. Respondent war Dr. Landau, Secundärarzt der gynäkologischen Klinik, als Opponenten fungirten Privatdocent Dr. Berger und Dr. Magnus, Secundärärzte der ophthalmologischen Klinik.

Abiturienten-Prüfung. Am 14. und 15. d. M. fand am hies. Magdalenenum unter dem Vorsitz des Königl. Commissarius Provinzial-Schulrath Dr. Scheibert und unter Assistenz des Stadt-Schulrathes Thiel als Commissarius des städt. Patronats die mündliche Prüfung der Abiturienten statt. Von 25 Primanern, welche sich derselben unterzogen, wurden 24 für reif erklärt; 8 Prüflinge wurden auf Grund des guten Ausfalls ihrer schriftlichen Prüfungsarbeiten und des lobenden Urtheils ihrer Lehrer über ihr Verhalten und ihre Leistungen in der Schule von der mündlichen Prüfung entbunden.

Vortrag. Herr Director Dr. Maas wird morgen (Mittwoch) in dem Prüfungssaale der höheren Mädchenschule auf der alten Taschenstraße den ersten seiner 3 Vorträge über „Strauß und das Christenthum“, vom Standpunkte des liberalen Christenthums der Gegenwart betrachtet, halten. Die beiden nächsten Vorträge finden am 26. März und am 2. April statt.

Der Bezirksverein des nordwestlichen Theiles der inneren Stadt hatte für ein am Freitag Abend 8 Uhr in das Cafe restaurant berufene außerordentliche Generalversammlung einen Vortrag des Herrn Dr. Lipshitz über die Frage: „Ob Canalisation oder Abfuhr“ auf die Tagesordnung gesetzt. Mit Rücksicht auf die hohe Wichtigkeit, welche diese Frage ganz besonders gegenwärtig für Breslau hat, waren zu diesem Vortrage nicht bloß die Mitglieder des Vereins, sondern auch die Herren Stadtverordneten, Aerate, Ingenieure per Circular besonders eingeladen worden. Es hatte sich in Folge dessen auch eine recht ausgiebige Versammlung zusammengefunden, in der wir mehrere Mitglieder der Stadtverammlung u. s. w. eine große Anzahl Aerate erblickten. Herr Dr. Lipshitz bemerkte im Beginn seines Vortrages, daß er nicht, wie in der Einladung angegeben, über Canalisation oder Abfuhr sprechen, sich also weder für das eine noch das andere System entscheide, sondern nur das Thatsächliche über beide mittheilen wolle, um die Anwesenden in den Stand zu setzen, sich selbst ein Urtheil zu bilden. Principiell lasse sich die Frage nach zweckmäßiger sei, Canalisation oder Abfuhr, überhaupt nicht entscheiden, sondern könne nur unter Berücksichtigung der localen Verhältnisse und aller bisher gemachten Erfahrungen beantwortet werden. Herr Dr. Lipshitz charakterisirte demnach eingehend sowohl die verschiedenen Canalisationssysteme, welche solche namentlich in England in vielen Städten mit dem besten Erfolg zur Ausführung gebracht worden sind, als auch einzelne Abfuhr- oder Donnsysteme, insbesondere diejenigen, welche in der jüngsten Zeit in Zürich und Heidelberg durchgeführt wurden. Ueber die letzteren lagen dem Herrn Vortragenden directe Mittheilungen der Herren Prof. Dr. Wyss in Zürich und Prof. Dr. Mittermayer in Heidelberg vor, welche sich durchweg ungemein günstig über die erzielten Erfolge sich ausdrückten. Es resumirte sprach Herr Dr. Lipshitz schließlich seine Ansicht dahin aus, daß Schwemmanäle mit Einleitung der Abfuhrhöfe in die Flüsse überhaupt zu verwerfen, Schwemmanäle mit Ueberfließungen nur da anwendbar seien, wo die notwendigen Anlagen ohne zu große Kosten zu beschaffen seien. Abfuhrsysteme werden überall da zur Anwendung kommen müssen, wo diese Vorbedingung nicht vorhanden ist. An diesen sehr eingehenden Vortrag knüpfte sich eine kurze Debatte, an der sich die Herren Geh. Rath Dr. Lemo, Dr. Pinoff, Elener, May u. c. betheiligten. Ein Beschluß oder eine Resolution wurde nicht gefaßt.

Betreffs der Postkarten mit Rückantwort wird seitens des Königl. General-Postamtes folgender Hinweis veröffentlicht:

Da an das General-Postamt vielfach Anträge auf Einführung von Postkarten mit Rückantwort gelangen, so wird darauf aufmerksam gemacht, daß derartige Correspondenzkarten schon seit dem 1. Januar 1871 eingeführt sind. Sie sind bei allen Postanstalten zu haben und kosten einen Groschen für Frage und Antwort.

Die Pockenstatistik und ihre Resultate. Wie in jedem Jahre, so hat auch dies Mal der zeitige medicinische Director des Allerheiligen hospitals Herr Geheimrath Dr. v. Paffau, einen ebenso ausführlichen, wie lehrreichen Bericht über die reich gegnete Thätigkeit, den Krankenstand und die Behandlungsergebnisse des Hospitals geliefert. Wer die Schwierigkeit und hohe Bedeutung solcher statistischen Arbeiten kennt, wird dem verdienstvollen Verfasser dafür seine Anerkennung nicht versagen. Der Ueberhang zu diesem Berichte enthält Beiträge zur Pockenstatistik nach den Erfahrungen aus der Pockenepidemie 1871/72 zu Breslau, welche nicht nur ein besonderes Locales, sondern ein nicht geringes allgemeines Interesse darbieten. Sie verdienen daher die weiteste Verbreitung. Die erwähnte Pockenepidemie hat an Ausdehnung und Heftigkeit weitens alle ihre älteren Geschwister übertraffen. Während in der nächst schwersten Epidemie im Jahre 1866 64 292 Individuen erkrankten, verfielen in der vorjährigen Epidemie 7309 dieser furchtbaren Seuche. Typhus und Pocken geben in Breslau nie aus, während der Erstere indessen beständig ein größeres, aus verschiedenen Haus- und Bezirksendemien zusammengesetztes Krankencontingent stellt, so liefern die Pocken in epidemischen Zeiten nur vereinzelt sporadische Fälle. Die Sterblichkeit in der vorjährigen Epidemie erreichte die höchste von 17,3 pCt., dieselbe übertrifft auch hierin bei Weitem alle früheren, bei denen die höchste Mortalität (1863/69) 15,7 pCt., die niedrigste (1851/52) 4,4 pCt. betrug. Ein Drastisches Beispiel der Pocken-erkrankung wurde im Allerheiligen Hospital beobachtet und hier stellte sich die Sterblichkeit derselben von 6 pCt. niedriger als bei den in ihren Wohnungen Verstorbenen. Das weibliche Geschlecht wurde zahlreicher von der Seuche ergriffen und erlag derselben auch häufiger. Bis zum Mai stieg die Zahl der Kranken langsam, sie erreichte in den Sommermonaten bald die doppelte Höhe, vom September ab wuchs sie aber in großen Sprüngen mit jedem neuen Monate außerordentlich an und erreichte im Januar ihr Maxi-

mum, um von da ab in starken Abfällen bis zum April nahezu wieder zu erlöschen. Von den Stadtbezirken lieferte das 13. Commisariat, der nordwestliche, am rechten Odeufer gelegene Ausfluß aller Evidenzen über die verhängnisvolle Pockenepidemie, wo das niedrigste Proletariat der Stadt wohnt, weitens die meisten Erkrankungen, ihm zunächst kommt das 2. Commisariat mit Burgfeld, Weißgerbergasse und Neue Weltgasse, gleichfalls von früher ein Hauptstich epidemischer Krankheiten; dann das 12. Commisariat, westlich vom 2. gelegen und vom 13. durch die Oder getrennt, welches eine gemischte, nicht zu eng zusammengebrachte Bevölkerung hat; dann das 7te, nahezu in entgegengesetzter Richtung südlich gelegene u. s. w.

Keine Altersklasse zeigte Immunität, das Kindesalter, besonders das erste Lebensjahr, die größte Empfänglichkeit und häufigsten Erkrankungen. Während der 20 bis 30 Jahre prävalirenden auffallend die Weiber unter den Erkrankten, eine Thatsache, die vielleicht darin ihre Erklärung findet, daß bei den Männern dieser Altersklasse der Einfluß der Zwangsre vaccination beim Militär sich geltend macht. Wenn auch vorwaltend die arbeitenden und dienenden Bevölkerungsklassen von den Pocken befallen werden, so werden doch die wohlhabenden nicht in so auffallender Weise von denselben verschont, wie vom Typhus und dem Rückfalltyphus. Die Sterblichkeit war für das Alter von 10 bis 20 Jahr am geringsten, nahm aber von hier aus sowohl gegen die jüngeren, als gegen die älteren Altersklassen fortwährend zu. Eine genaue Untersuchung über den Einfluß der Re vaccination und Vaccination auf die Pockenerkrankungen, welche v. Paffau hauptsächlich durch eine eingehende Vergleichung der Pockenerkrankungen bei der Militär- und Civilbevölkerung gewonnen hat ergab folgendes:

Die Impfung bewirkt ebenso wenig eine unbedingte Immunität gegen die Pockenerkrankung wie diese letztere selbst, Geimpfte und Wiedergeimpfte erkranken und sterben an den Pocken. Aber der Nutzen der Impfung ist dennoch ein ununtersehbarer, denn die Geimpften erkranken zuvörderst seltener an den Blattern, als die Nichtgeimpften. Im ersten Lebensjahre erkrankten 10 Mal so viel Nichtgeimpfte als Geimpfte; so ging es in allmählicher Abnahme bis zum 15. Lebensjahre, von hier ab mehrten sich die Pockenerkrankungen bei den Geimpften in so auffallender Weise, daß die Schutzkraft der Vaccine zu dieser Zeit erloschen zu sein scheint. Die Vaccination schützt also nicht unbedingt und für immer, jedoch meistens bis zum 15. Lebensjahre. Sie macht aber auch den Verlauf der Pocken weit leichter und günstiger, denn bis ins Greisenalter hinein farbten durchgängig verhältnismäßig weit weniger Geimpfte als Nichtgeimpfte. Bei den Re vaccinationen war die Sterblichkeit eine geringere als bei den Vaccinationen; kein einziger Re vaccinationer erkrankte an den blutigen (schwarzen) Pocken. Demnach konnten, wie v. Paffau mit Recht hervorhebt, die verbliebenen Zweifel an dem Werthe der Impfung, die sich leider immer und immer wieder erheben, durch die Pockenstatistik am besten widerlegt und der Satz beseitigt werden.

Die Impfung im ersten und Wiederimpfung im 15. Lebensjahre die Mittel sind, um ein Individuum vor den Pocken überhaupt und besonders vor der schweren Form derselben zu schützen.

Rämen dazu noch zweckmäßig angelegte und gut organisirte Pockenhäuser, so würden die Pockenepidemien in Breslau außerordentlich beschränkt und in ihrem Verlaufe sehr gemildert werden.

Die Bahnfrage. Die Gesellschaft-Direction der Rechten-Oder-Ufer-Bahn hat die ihr angebotene Uebernahme der Ausführung dieser Schienenstraße jetzt definitiv abgelehnt. Wie man sich aus einem früheren Berichte erinnern dürfte, war die genannte Direction auf die Bedingung des jetzigen Comités Eignitz-Goldberg-Löwenberg-Zittau, die Bahn binnen 3 Jahren fertig zu stellen, nicht eingegangen. Der Herr Handelsminister hatte dann mit einer ganz besonderen Rücksicht doch die Hoffnung festgehalten, die Direction werde auf eine vierjährige Baufrist eingehen; er hatte deshalb das Comité veranlaßt, sich mit einer solchen Frist zufrieden zu geben und der Rechten-Oder-Ufer-Bahn-Direction die Vorarbeiten zur Verfügung zu stellen. All dies hat das Comité gethan, um nur für die von ihm vertretenen Städte und Landestheile endlich zu der seit 9 Jahren ererbten Bahn zu gelangen, gleichviel auf welchem Wege und durch wen — denn das Ziel in erster Linie ist ihm die Verwirklichung der Bahn selbst.

Was nun? — so fragt man sich an diesem abermaligen und soundsovielten Wendepunkte. Das Comité tritt auf den Boden seines Commissions-Gehaltes vom 12. Juli vorigen Jahres zurück, den es nur auf besonderen Wunsch zu Gunsten der zwischengetretenen oder zwischengerückten Rechten-Oder-Ufer-Bahn verlassen hat, und wartet der Entscheidung. Aber kann es sich um etwas Anderes noch handeln, als um die bloße amtliche Kundmachung, daß dem selbständigen Vorgehen des Comités nun nichts mehr im Wege stehe? Eine andere Endbescheidung muß so unmöglich dünken wie eine weitere Verzögerung derselben.

Schwurgerichts-Sitzungen. 1) Die zweite Sitzungs-Periode pro 1873 des Schwurgerichts zu Schweidnitz für die Kreise Reichenbach, Waldenburg und Schweidnitz beginnt den 31. März c.

2) Die zweite diesjährige Sitzungs-Periode des Schwurgerichts zu Glogau für die Kreise Glogau, Habelschwerdt, Neutode, Frankenstein und Münchberg beginnt Montag den 31. März.

Personal-Chronik. Pensionirt der Steuer-Einnehmer von Wallenrodt in Vollenhain; versetzt die Zollnehmer Harnpel in Patzschau als Steuer-Einnehmer nach Vollenhain und Wiegisch in Goltzow in gleicher Eigenschaft nach Patzschau.

Dem Bureau-Assistenten Bloche zu Lüben ist der Titel als Canzlei-Secretär beigelegt und dem Kreisgerichts-Secretär Richter zu Görlitz gestiftet worden, den Titel Canzlei-Director zu führen, so lange er diese Function versieht.

Befördert: Der Bureau-Diätar Prüfer zu Grünberg zum Bureau-Assistenten bei dem Kreisgericht zu Eignitz, der Civil-Supernumerar Ellger zu Glogau zum Bureaugehilfen bei dem Kreisgerichte zu Sagan.

Verfetzt: Der Ober-Post-Commissarius Schüke von Bromberg nach Glogau, die Post-Secretäre Knichala von Glogau nach Eignitz und Möller von Eignitz nach Glogau, die Post-Expeditoren Gebauer von Hansdorf nach Naumburg a. B. und Dickfeld von Naumburg a. B. nach Hansdorf; Wagenmeister Rinkel von Tarnowitz nach Glogau, Rottwig von Glogau nach Tarnowitz.

Ernannt: Kassen-Controleur Art und Kassirer Nerlich in Glogau zu Eisenbahn-Commissions-Buchhaltern, Registrator Heyn und Calculator Werner zu Eisenbahn-Secretären bei der Eisenbahn-Commission in Glogau.

Vermögensnachricht. Der in Reife verstorbene Gerichts-Director a. D. Dr. Koch hat sein Vermögen im Betrage von 190 000 Thlr. seiner Vaterstadt zur Errichtung einer Koch'schen Armen-Kinder-Erziehungs-Anstalt vermacht.

Für die Wiener Ausstellung hat unser Hiesiger Max Bartsch ein Mehrerwerb in Macaroni und Vermicelli, geschmackvoll zusammengestellt, geliefert und daselbe für einige Tage in Karl's Kunsthandlung, wo z. B. Graf Harrach's „Sedan“ die Vorübergehenden fesselt, aufgestellt.

Veränderungen. Friedrich-Carl-Str. 14. Verkäufer: Zimmermeister W. Gerke; Käufer: Brauereimeister C. Junehmer. Antonen-Str. 13. Verkäufer Kaufmann E. Madan; Käufer: Partikulier Herz Lemo. Kleine Scheiniger-Str. 62. Verk. Inspector Wiele; Käufer: Krethschmer E. Wende. — Mathias-Str. Nr. 70. Verkäufer: Restaurateur David Scholz; Käufer: Buchhalter Kern.

Verkaufter Ockerahn. Wie aus Croffen gemeldet wird, ist am Freitag Abend vor der dasigen Ockerbrücke der Kahn des Schiffers Vogt aus Maltsch, beladen mit Gerste, verunglückt. Der Kahn wurde von dem Gewalt des Stromes erfasst und gegen die Eisbrücke der Brücken geworfen. Er ist mit der ganzen Ladung gesunken, die Mannschaft konnte sich nur mit knapper Noth retten. Der Brückenaufzug in Croffen ist vorläufig, da das Brack vorliegt, nicht zu passieren.

Ein Vermittler. Ein Schuhmachermesser, welcher vor einigen Wochen wegen Geisteskrankung in das Allerheiligen-Hospital zur Pflege gebracht, später aber wegen ansteigender Besserung von dort entlassen worden war, hat sich am 14. d. M. heimlich aus seiner Wohnung entfernt, ohne daß sich jetzt sein Aufenthaltsort ermitteln lassen konnte.

Unglücksfall. Als gestern Nachmittag der bei dem Leib-Regiment (Schlesisches) Nr. 1 stehende Adjutant, Lieutenant von Viereß-Wilkau aus Tallowitz mit mehreren Damen und Herren die Berliner-Chaussee entlang ritt, wurde plötzlich das Pferd des Genannten an der Wegunterführung der Rechten-Oder-Eisenbahn unweit des Gasthofs „zum schwarzen Bär“ scheu, und warf seinen Reiter ab, der mit dem Kopfe so heftig auf dort liegende Steinplatten aufschlug, daß er sofort den Tod fand.

Polizeiliches. Bei einer von Seiten der Polizeibehörde am 17. d. M. auf den Wochenmärkten der Vorstädte vorgenommenen Butter-Revision ergab es sich, daß die von einer Anzahl auswärtiger Verkäufer, — meistens nämlich Dalkelber — zum Verkauf gebrachte Butter zu leicht war. Die Butter wurde in Folge dessen confiscirt. — Da zu einzelnen Pfunden 50 Gramm fehlten, so wurden die Verkäufer zur Bestrafung no-

tirt. — Einer in dem Hause Kupferstraße Nr. 21 wohnhaften Lohndröckerin wurden aus ihrer gewaltsam erbrochenen Bodenammer 13 St. feine Herren- und Damen-Hemden gestohlen. Die entwendeten Wäschestücke waren mit „J. L.“, „R. W.“ und „S. B.“ bezeichnet. — Auf dem Verschleißigen Bahnhofe ist eine 36 Pfund wiegende „W. C. L.“ gezeichnete Kiste, welche Albums enthält, und aus Doppel angehängen war, gekohlen worden. — Auf der Kurzgasse stieg gestern ein schon vielfach bestrafter Dieb von der Kuffung eines Neubaus in die Dachlücke eines Nachbarchaues ein und eignete sich aus einem auf dem Boden stehenden Schrank eine Menge Bekleidungsgegenstände an. Als er aber seine Beute fortzuschleppen wollte, wurden die Hausbewohner in Folge des entstandenen Geräusches aufmerksam, so daß der Dieb schnell entflohen. Er wurde jedoch auf der Viehweide eingeholt und zur Haft gebracht.

Ob.-Stg. Görlitz, 17. März. [Schneider-Erste.] Heute haben hier sämtliche Schneidergesellen die Arbeit eingestellt. Obwohl die Unterhandlungen noch nicht abgebrochen sind, so ist doch auf keine Verständigung zu rechnen, da die Gesellen hartnäckig an dem thörichten Verlangen festhalten, daß die schlechten Arbeiter ebenso gut bezahlt werden sollen, als die guten. Die Principale wollen hierauf selbstverständlich nicht eingehen, weil sie mit Recht verlangen, daß dann ihre guten Gesellen sehr bald nicht bessere und nicht mehr Arbeit liefern werden, als die schlechten. Die Streikenden erhalten Geld-Unterstützungen von außerhalb.

Schreiberg, 15. März. [Blutiger Conflict.] In einem bauerntwerthen Conflict zwischen einem Handlungsreisenden und einem hiesigen Officier machte der Letztere von der blanken Waffe Gebrauch und verwundete jenen nicht unbedeutend im Gesicht. Die Untersuchung ist eingeleitet.

E.-A. Eignitz, 14. März. [Das diesjährige Osterprogramm des städtischen Gymnasiums.] enthält als einleitende Abhandlung das Verzeichniß der Abiturienten seit dem Jahre 1772 von Dr. H. Krafft. Dem Vorworte zu dieser ebenso interessanten als mühseligen Zusammenstellung entnehmen wir die Nachricht, daß das Gymnasium im künftigen Jahr die Feier seiner vor 50 Jahren erfolgten Reorganisation als vollberechtigtes Gymnasium begeht, und bemerkt Oberlehrer Dr. Krafft, daß diese seine Arbeit als eine vorläufige Festgabe zu dieser Feier betrachtet werden möge. Nach dem Jahresberichte war die Anzahl im verfloßenen Jahre von 484 Schülern (gegen 469 des Vorjahres) besetzt. Bei der am 4. d. M. stattgefundenen Maturitätsprüfung erhielten 6 Jüglinge das Zeugniß der Reife. Die öffentliche Prüfung und Redeübung findet am 3. und 4. April, die Entlassung der Abiturienten am 4. April statt.

Reichenbach, 15. März. [Communes.] In der am 10. d. M. stattgehabten Sitzung der Stadtverordneten konnte die erfreuliche Mittheilung gemacht werden, daß der durch den Defect des früheren Sparkassen-Rendanten v. Kornach fast in Anspruch genommene Referendons unserer städtischen Sparkasse bereits wieder die Höhe von 22,449 Thlr. erreicht hat. Wie unser „Wochenblatt“ berichtet, sind die Einlagen, welche beispielsweise im Jahre 1854 nur 80,444 Thlr. betrugen, jetzt bis auf die für Reichenbach enorme Höhe von 549,000 Thlr. also fast um das Siebenfache gestiegen. In einer an das Collegium der Stadtverordneten gerichteten Zuschrift theilte Justiz-Rath Haack mit, daß der Apotheker und jetzigen Gas-Anstalts-Besitzer Schmidt in Genthin den zu der Defect-Angelegenheit gegen die Commune aus Anlaß seiner Haft befristet als Mitglied des Sparkassen-Curatorium geführten Proceß verloren habe. Obwohl das Gericht 2000 Thlr. von den in den Defectbeschluß aufgenommenen Geldern gestrichen hat, soll dieserhalb die Appell-Instanz nicht beschritten werden, damit endlich diese leidige Angelegenheit ihre Erledigung finde.

Waldenburg, 14. März. [Verhaftung eines Gauners.] Am Mittwoch Abend wurde ein Uhrendieb, auf den die Polizei schon seit längerer Zeit fahndete, verhaftet. Zu einem hiesigen Uhrmacher kam nämlich ein junger Mann und bat, ihm seine Taschenuhr abzugeben, da er auf der Durchreise begriffen und in Noth sei. Auf näheres Befragen erklärte er, die Uhr vor anderthalb Jahren in Glas gekauft zu haben. Da sich jedoch in derselben mehrere Reparaturzeichen hiesiger Uhrmacher voranden, welche den Beweis lieferten, daß die Uhr erst vor kurzem am Orte reparirt worden war, auch im Laufe von vierzehn Tagen mehrere Uhrendiebstähle gemeldet worden waren, so requirirte der Uhrmacher einen Polizeibeamten, durch welchen die Verhaftung des Verdächtigen der zweimal zu entfliehen versuchte, erfolgte. Bei der Durchsuchung des Verhafteten wurden noch drei Uhren, sowie ein Geldbetrag von 9 Thlr. vorgefunden; auch gestand der Dieb ein, an demselben Tage hier schon zwei Uhren verkauft zu haben. Die vorgefundenen Uhren gehören einem Uhrmacher aus dem benachbarten Bärengrunde.

Waldenburg, 15. März. [Neu entdecktes Kohlenlager.] Bei den von den Herren Commerzienrath Ruznizky hier selbst und Seedorff in Rattowitz veranlassenen Versuchs-Arbeiten ist man in der Nähe von Zastreb in einer Tiefe von circa 90 Faden auf ein 27 Fuß mächtiges Lager der vorzüglichsten Gaskohle gestoßen, durch dessen Ausbeutung mit Bestimmtheit für die schon jetzt nicht unbeträchtliche Industrie der dortigen Gegend ein rapides Aufblühen zu erwarten steht.

Sandel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 18. März. [Antlicher Producten-Vorbericht.] Kleesaat rothe, seine Sorten mehr Kauflust; ordin. 10—11, mittel 11½ bis 12½, fein 13—14, hochfein 14½—16½ Thlr. pr. 50 Rgr. — Kleesaat, weiße, mitt. ordinäre 10—12, mittel 13—15, fein 16—18, hochf. 19—20½ Thlr. pro 50 Kilogr. — Roggen 1000 Rgr. unverändert, März 56 Br., April-Mai 56 bez. u. Br., pr. Mai-Juni 55½ Br. u. Br., pr. Juni-Juli 55½ Br., pr. Sept.-Octr. 53 Br. — Weizen 1000 Rgr. März 85 Br. — Gerste 1000 Kilogr. März 52 Gd. — Hafer 1000 Kilogr. März 42½ Gd., April-Mai 43½ bez. — Raps 1000 Rl. pr. März 98 Br., pr. Sept.-Octr. 98 Br., 96 Gd. — Rüben pr. 1000 Rl. pr. Sept.-Octr. 95 Br., 93 Gd., gef. 150 Gd. Leinöl. — Rübsöl still, 100 Kilogr. loco 21½ Br., März u. März-April 21½ Br., neue Ufsance 22½ Br., pr. April-Mai 21½—1½ bez. u. Br., neue Ufsance 22 Br., pr. Mai-Juni 22 Br., pr. September-Octr. 22½ Br., 1/2 Gd. — Spiritus etwas matter, 100 Liter a 100 pCt., loco 17½ Br. 1/2 Gd., März 17½ Br., April-Mai 17½—1/2 bez. — Zink, specielle Marken 8 Thlr. 14 Sgr. und 8 Thlr. 14½ Sgr. bez. Die Börsen-Commission.

Berlin, 17. März. [Neuer Berliner Viehmarkt.] Es fanden zum Verkauf: 1939 Stüd Hornvieh, 5111 Stüd Schweine, 1118 Stüd Rälber, 9428 Stüd Hammel. Der Markt für Hornvieh hatte heute eine wesentlich andere Gestalt, als in den letzten Wochen; der Auftrieb war, wohl in Folge der letzten gedrückten Preise, um ca. 1000 Stüd geringer, wegen der Begehr, der sich, besonders vor 8 Tagen auf das Fleischerhandwerk beschränkt hatte, heute um so lebhafter war. Es war daher am frühen Mittage schon geräumt und haben sich die Preise um ca. 1 Thlr., so daß mindestens für 1. Waare 19—20 Thaler, 2. Waare 15—16 Thaler, 3te Waare 13—14 Thlr. per 100 Pfund Schlachtgewicht bezahlt wurden. — Schweine erreichten nur mit großer Mühe den vormerklichen Preis und konnten bei langsamem Geschäft und nicht geringem Ueberhande kaum 19½ Thlr. pro 100 Pfund Schlachtgewicht erzielen. — Rälber bewegten sich ein wenig lebhafter als am Freitag; da indeß der Auftrieb wieder ziemlich stark war, ließen sich im Durchschnitt doch nur leidliche Mittelpreise feststellen. Am meisten zog sich das Geschäft bei den Hammeln in die Länge; der Auftrieb war um 1600 Stüd stärker als vor 8 Tagen, der Export aber um nichts größer, so daß bei nicht unweithem Ueberhande kaum 7½ Thaler per 45 Pfund zu erzielen waren.

Breslau, 16. März. [Zuckerbericht.] Der letztwöchentliche Zuckermarkt bildete die unveränderte Fortsetzung der seit längerer Zeit bestehenden Stabilität. Es bleibt uns sonach von dieser Woche nur zu berichten, daß die Umsätze schwach und Preise ziemlich unverändert waren.

Schweidnitz, 14. März. [Getreidemarkt.] Bei mittelmäßigen Zufuhren war am heutigen Getreidemarkt rege Kauflust vorherrschend. Preise haben sich behauptet, man zahlte für weißen Weizen 8—9½ Thlr., gelben Weizen 7—8½ Thlr., Roggen 5½—6½ Thlr., Gerste 4½—5½ Thlr., Hafer 4—4½ Thlr., Raps 9½—9½ Thlr. pr. 100 Rgr. netto.

Zauer, den 15. März. [Getreidemarkt.] Am heutigen Getreidemarkte war das Angebot reichlicher als bisher, nur in Gerste fand zu etwas besseren Preisen einiger Verkehr statt, alles Andere zu etwas ermäßigten Preisen gut zu placieren. Weißer Weizen 9 Thlr. 8 Sgr. 7 Thlr., Gelber Weizen

New-York, 13. März. Abends 6 Uhr. Der Hamburger Dampfer „Westphalia“ ist heute hier eingetroffen.
New-York, 17. März. Der Bremer Dampfer „Mosel“ ist hier eingetroffen.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.
(Wolffs Telegraphisches Bureau.)
Strasburg, 17. März. Dem bischöflichen Generalvikar Kapp, geheimen Gründer und Leiter des hiesigen Centralcomitees eines ungeheglichen Vereines zur Leitung der politischen Wahlen, ist der Befehl zugegangen, Elß-Lothringen binnen zweimal 24 Stunden zu

Strasbourg, 17. März. Gestern hat sich eine Deputation von Notabeln des Handelsstandes von hier nach Berlin begeben, um beim Reichskanzler Vorstellungen gegen die Erhöhung der Tabaksteuer zu erheben.

Principale wird constatirt, daß von 65 hiesigen Verbandsgehilfen 40 aus dem Verbande ausgestiegen sind. Andere dürften folgen. Die Gesamtzahl der Gehilfen beträgt 85.

Nest, 17. März. Im Abgeordnetenhaus wird die Debatte über

die Personalerwerbssteuer fortgesetzt. Koloman Ghyzy erklärte im Namen der Linken für den Entwurf zu stimmen, weil kein besserer Antrag vorliege. Graf von Hay sprach gegen den Entwurf, erklärte aber für denselben zu stimmen, weil die Cabinetsfrage gestellt worden sei und ein Parteibeschluß ihn hinde.

London, 17. März. Gladstone hat seit seiner am Sonnabend erfolgten Berufung zur Königin mit keinem einzigen seiner Kollegen eine Besprechung gehabt und dürfte heute, wo er von seinem Landesaufenthalte nach London zurückkehrt, eine weitere kurze Vertagung des Parlaments beantragen. Es erhält sich das Gerücht, daß er persönlich zurückzutreten wünsche; seine Parteigenossen hoffen jedoch, daß er

die Premierchaft beibehalten und erst im kommenden Jahre das Parlament auflösen werde — eine Eventualität, die, nachdem Disraeli die Bildung eines Cabinets abgelehnt für wahrscheinlich gilt.

London, 17. März. Nachts. Im Unterhause zeigt Gladstone

den Empfang einer Mittheilung der Königin an, wodurch die Opposition die Hoffnung auf Bildung eines Cabinets aufgegeben habe. Gladstone stellte sich der Königin sofort zur Verfügung und berathe jetzt mit seinen Collegen. Derselbe beantrage Vertagung bis Donnerstag für welchen Tag er weitere Mittheilungen in Aussicht stellt. Disraeli erklärt, er sei zur Bildung eines Cabinets bereit gewesen, halte eine

solche jedoch mit dem gegenwärtigen Parlamente für unmöglich. Das Haus vertagte sich bis Donnerstag.

London, 18. März. 11,000 Arbeiter nahmen gestern in den

der Reducirung des Lohnes für die erste Woche einverstanden, für die zweite Woche erhalten sie den alten Lohn, alsdann allmähliche Lohn-
erhöhung, die in gemeinsamer Vereinbarung festzusetzen ist. Die

Paris, 17. März. Die offiziellen Dokumente über den die
Räumung des französischen Gebiets betreffenden Vertrag mit Deutsch-

land sollen, wie verlautet, gegen Ende dieser Woche der Nationalversammlung vorgelegt und darauf sogleich ratificirt werden.

Rechten beantragten Tagesordnungen gelangt folgende Tagesordnung zur Abstimmung: Die Nationalversammlung nimmt mit Befriedigung

die Mittheilung der Regierung entgegen, welche — Dank dem eifrigen Wetteifer des Landes — einen wesentlichen Theil ihrer Aufgäbe glücklich vollendete; sie dankt der Regierung und Thiers, der sich um das Vaterland verdient gemacht habe. Die Tagesordnung

Versailles, 17. März, Abends. Eine aus 4 Vicepräsidenten, Quästoren und Secretären bestehende Deputation, gefolgt von vielen

Resolution der Kammer. Der Vicepräsident Martel theilte der Nationalversammlung mit, Thiers habe das Zeugniß des Vertrauens der Versammlung und des Landes für den schönsten Lohn seiner Anstren-

Madrid, 16. März. Der Herzog von Osuna ist von der Regierung zum Vorsitzenden der biesseitigen Commission für die Wiener

Weltausstellung erwähnt und hat sich zur Uebernahme dieser Stellung bereit erklärt. — Nach den der Regierung zugehenden Nachrichten ist in Barcelona Ruhe und Ordnung völlig wiederhergestellt.

Madrid. 16. März. In der gestrigen Sitzung der National-

10. versammlung stellte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten,
Castelar, in Abrede, daß Don Carlos die spanische Grenze überschritten
28. habe, da dieselbe von den französischen Behörden genau überwacht

werde. Die „Correspondencia“ wiederholt die Versicherung, daß seitens der Regierung die Zahlung der Zinsen der Staatsschuld als strenge Verpflichtung erachtet werde. Dem Vernehmen nach soll in nächster Zeit eine Hypothekbank errichtet werden.

Madrid, 16. März. Nach Regierungsberichten traf die Colonne Castano gestern auf die unter dem Befehle Dorregaray's und anderer Führer vereinigten Carlistenbanden von Guipuzcoa und schlug dieselben

hellig in die Flucht; die Ueberreste der Banden fliehen nach der Grenze zu, in der Hoffnung, sich dort mit denjenigen Carlisten, welche auf das Eintreffen von Don Carlos warten, vereinigen zu können.

Rom 18 März. [Demofristenhammer.] Der Finanzminister

legte eine Uebersicht des Staatsschatzes pro 1872, das definitive Budget pro 1873 und das vorläufige Budget pro 1874 vor. Der Minister erklärte, das Deficit für 1871 sei um 25 Millionen niedriger

als veranschlagt worden. Das Kassendeficit pro 1871 habe sich auf 79 Millionen belaufen, das für 1872 nur auf 68 Millionen. Der Rechnungsabschluß für 1872 ergebe gegenüber dem Jahre 1871 einen Mehrbetrag von 22 Millionen an direkten und 32 Millionen an indirekten Steuern.

directen Steuern. Das Budget pro 1872 schliesse gegenüber dem Voranschlage mit einem Plus von 32 Millionen ab. Für 1873 erreiche das Deficit 131 Millionen, welche er durch Zuhilfenahme der

von der Kammer bei dem ersten Voranschlage genehmigten Ausgabe von 40 Millionen Papiergeld, sowie durch die aus der Verbesserung des Budgets von 1871 und 1872 herrührenden 57 Millionen zu decken. Daß der vorläufige Budget von 1874 weist ein Deficit

von 107 Millionen nach. Der Minister erklärte, seine Creditoperationen vornehmen zu wollen.

Florenz, 17. März. Der Herzog von Aosta ist in der ver-

gangenen Nacht hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe von den Spitzen der Behörden empfangen worden. Die Nationalgarde, sowie Deputationen von Arbeitern bildeten mit Fackeln Spalier und die ver-

Breslau, 18. März. [Wasserhand.] Dp. 17 1/2. 13. Wp. 3 1/2. 11 1/2
(Mit einer Beilage.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.

Franz Darre in Breslau.

